Die neue britische Premierministerin Theresa May will einen Atomschlag auch dann genehmigen, wenn dadurch 100.000 Menschen sterben.



Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein LP 104/16 – 03.08.16

Theresa May würde einen Atomschlag auch dann genehmigen, wenn sehr viele Menschen dadurch ihr Leben verlören

Als die Premierministerin in der Trident-Debatte gefragt wurde, ob sie einen Angriff genehmigen würde, der 100.000 Menschen das Leben kosten könnte antwortete sie mit einem entschiedenen "Ja"

Von Rowena Mason, Anushka Asthana und Rajeev Syal The Guardian, 18.07.16

(https://www.theguardian.com/uk-news/2016/jul/18/theresa-may-takes-aim-at-jeremy-cor-byn-over-trident-renewal)

In der Debatte, in der das House of Commons (weitere Infos dazu s. unter https://de.wiki-pedia.org/wiki/House_of_Commons) mit überwältigender Mehrheit beschlossen hat, das Trident-Programm (s. http://www.bbc.com/news/uk-politics-13442735 und https://de.wiki-pedia.org/wiki/House_of_Commons) mit überwältigender Mehrheit beschlossen hat, das Trident-Programm (s. https://www.abc.com/news/uk-politics-13442735 und <a href="https://www.abc.com/

Die Premierministerin bestätigte, dass sie den Auslöseknopf für einen Atomschlag drücken würde, als sie die Debatte darüber eröffnete, ob das Vereinigte Königreich bis zu 40 Milliarden Pfund für neue U-Boote ausgeben soll, die Atomraketen des Typs Trident tragen können.



Britisches Atom-U-Boot "HMS Vanguard"

[Foto: Tam McDonald, entnommen aus https://de.wikipedia.org/wiki/Vanguard-Klasse (1992)]

Nach mehr als fünfstündiger Diskussion votierte das Parlament mit einer klaren Mehrheit von 355 Stimmen für die Modernisierung des Trident-Programms; dafür stimmten fast alle Abgeordneten der Conservative Party und die Hälfte der Abgeordneten der Labour Party (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Parteien_im_Vereinigten_K%C3%B6nigreich).

Dagegen stimmten alle Abgeordneten der Scotttish National Party / SNP, der Liberal Democrats und Labour-Chef Jeremy Corbyn, der schon immer für einseitige Abrüstung war und sich auch während der Debatte vehement gegen die Modernisierungspläne ausgesprochen hat.

Andere Vorderbänkler Corbyns, darunter auch sein Schattenverteidigungsminister Clive Lewis und seine Schattenaußenministerin Emily Thornberry, enthielten sich, nachdem sie in einem Artikel im *Guardian* geäußert hatten, die (konservative) Regierung "treibe mit einem Problem der nationalen Sicherheit ein politisches Spiel".

140 Labour-Abgeordnete, darunter wichtige wie Angela Eagle und Owen Smith, stimmten für die Trident-Modernisierung, weil die Labour Party schon immer für die atomare Abschreckung auf See eingetreten sei. 47 Labour-Abgeordnete stimmten mit Corbyn dagegen, während 41 sich enthielten oder fehlten.

Während die Labour Party gespalten war, wollten die Konservativen mit ihrem geschlossenen Votum bei der Trident-Abstimmung demonstrieren, dass ihre Partei nach der Uneinigkeit beim EU-Referendum wieder zusammengefunden hat.

Manchen Abgeordneten stockte der Atem, als Theresa May während der Debatte unmissverständlich klarmachte, sie werde einen Atomschlag auch dann genehmigen, wenn er 100.000 Menschen das Leben kosten könnte; zu dieser Äußerung hatte sie ein Abgeordneter der Scottish National Party mit der Frage provoziert, ob sie überhaupt den Einsatz von Atomwaffen anordnen würde, wenn es dabei zu einem Massensterben käme.

Bei ihrer Eröffnungsrede hatte der Abgeordnete George Kerevan von der Scottish National Party die Zwischenfrage gestellt: "Sind Sie persönlich bereit, einen Atomschlag anzuordnen, obwohl dadurch 100.000 unschuldige Männer, Frauen und Kinder sterben können?"

Frau May antwortete: "Ja, und ich muss dem ehrenwerten Gentleman sagen, Abschreckung funktioniert nur, wenn unsere Feinde wissen, dass wir unsere Atomwaffen auch tatsächlich einsetzen würden. Führende Mitglieder der Labour Party scheinen ja der Meinung zu sein, der Besitz von Atomwaffen sei abschreckend genug und die Androhung ihres Einsatzes überflüssig."

Labour-Chef Corbyn empfahl Frau May, atomar abzurüsten, und teilte weiter mit, seine Partei sei dabei, ihre bisherige Zustimmung zu dem Trident-Programm zu überprüfen.

Er sagte außerdem, die Labour-Abgeordneten unterlägen während der Klärungsphase keinem Fraktionszwang. Der *Guardian* sieht neben der Modernisierung oder der Verschrottung der Trident-U-Boote bis zum Jahr 2030, drei weitere Optionen: weniger Patrouillenfahrten mit weniger U-Booten, U-Boote, die mit konventionellen oder Atomraketen bestückt werden können und die Ersetzung der atomar bewaffneten U-Boote durch Flugzeuge mit Atomraketen.

Bei seiner Rede im Unterhaus wies Corbyn auch darauf hin, dass Großbritannien zur Zeit über 40 Atomsprengköpfe verfüge, die alle die achtfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe hätten, die 1945 in Japan 140.000 Menschen tötete.

"Wen könnten wir abschrecken, wenn wir damit drohen, eine Million Menschen umzubringen?" fragte er und fügte hinzu, damit hätten sich weder die Gräueltaten Saddam Husseins, die Kriegsverbrechen auf dem Balkan noch der Völkermord in Ruanda verhindern lassen und der Islamische Staat sei auch nicht damit zu stoppen.

"Ich sage hier in aller Deutlichkeit, ich könnte keinen Befehl geben, dem so viele unschuldiger Menschen zum Opfer fallen würden," erklärte Corbyn vor den Abgeordneten. "Ich glaube nicht, dass die Androhung eines Massenmordes ein legitimes Mittel zur Lösung internationaler Probleme ist."

Frau May erwiderte, sie halte es für eine "Pflichtverletzung", wenn Großbritannien auf die atomare Abschreckung verzichte, und versicherte, sie werde als Premierministerin dafür sorgen, dass – wie von der NATO empfohlen – 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung ausgegeben würden.

Die Idee, Abschreckung mit preiswerteren Waffen zu garantieren, wies sie mit den Worten zurück: "Ich bin nicht bereit, etwas einzuführen, was nicht funktioniert."

Außerdem warf Frau May den Trident-Gegnern auf der ersten Bank der Labour Party und Caroline Lucas von der Green Party vor, immer unter "den Ersten zu sein, die sich für die Feinde Englands einsetzen".

Die Kosten für neue Trident-U-Boote seien mit mehr als 40 Milliarden Pfund veranschlagt. "Glaubwürdige Abschreckung ist eben nicht billig zu haben," schloss Frau May.

Während die übergroße Mehrheit der Konservativen für die Erneuerung der Trident-U-Boote war, haben Labour-Abgeordnete sowohl dafür als auch dagegen gestimmt oder sich enthalten, und die Scottish National Party war geschlossen dagegen.

Corbyn forderte, das Vereinigte Königreich solle anderen Staaten wie Südafrika, Libyen, der Ukraine, Argentinien, Brasilien und Kasachstan folgen und ganz auf Atomwaffen verzichten.

"Es wird Zeit, sich der Herausforderung der Abrüstung zu stellen," betonte er.

Mehrere Abgeordnete sowohl der Konservativen als auch der Labour Party widersprachen ihm. Jamie Reed, der Labour-Abgeordnete von Copeland (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Copeland_(Cumbria)), behauptete sogar, Corbyns Forderung verstoße gegen Parteibeschlüsse.

"Ich denke, wir haben in diesem Haus zum ersten Mal erlebt, dass sich ein Vorsitzender der Labour-Party offen gegen Beschlüsse seiner Partei gestellt hat."

"Diese beispiellose, selbstsüchtige, narzisstische Verantwortungslosigkeit lässt mich um die Zukunft der Partei fürchten, die ich liebe," warf er Corbyn vor.

John Woodcock, ein anderer Labour-Abgeordneter, sagte, die Aufhebung des Fraktionszwangs bei dieser Abstimmung sei ein Beleg dafür, wie tief diese große Partei gefallen sei. Damit zeige der Parteivorsitzende eine Geringschätzung gegenüber der Öffentlichkeit und den Parteimitgliedern, die selbst der frühere Parteichef Michael Foot (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_Foot) "abscheulich" gefunden hätte, obwohl auch der für einseitige Abrüstung eingetreten sei.

Andererseits sprachen sich auch mehrere Abgeordnete der Labour Party, der SNP und der konservative Abgeordnete Crispin Blunt gegen neue Trident-U-Boote aus.

Brendan O'Hara, der SNP-Sprecher für Verteidigungsfragen in Westminster, erklärte, es sei ein untragbarer Zustand, dass eine Regierung, die nicht vom schottischen Volk

gewählt worden sei, in Faslane (in Schottland, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Faslane-on-Clyde) Atomwaffen stationiere.

Chris Law, ein anderer SNP-Abgeordneter, las einen erschütternden Bericht einer Hiroshima-Überlebenden über den Tod ihrer Mitschülerinnen vor:

"Einige Mädchen fielen mit aufgeplatzten Bäuchen auf den Boden, und die inneren Organe drangen hervor. Anderen hing die Haut in Fetzen vom Leib, oder sie trugen Körperteile mit sich. Ein Mädchen hielt ihre Augäpfel in ihrer Hand."

Blunt, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Unterhauses, sagte, man habe "viel Geld in das Trident-Waffensystem investiert", das unbrauchbar zu werden drohe.

"Die Erneuerung dieses Waffensystems ist nur zu Lasten anderer Verteidigungsausgaben möglich," ergänzte Blunt und kritisierte seine eigene Partei, weil sie daraus eine "politische Waffe" gegen die Labour Party mache.

Corbyns Ablehnung der Trident-Modernisierung findet Zustimmung bei vielen Labour-Mitgliedern, stößt aber in der Labour-Fraktion und bei den Gewerkschaften auf Widerspruch.

Tim Roache, der Chef der Gewerkschaft GMB (weitere Infos dazu s. http://www.gmb.or-g.uk/about), forderte Corbyn auf, in Bezug auf das Trident-Programm die bisherige Linie der Labour Party beizubehalten, weil im ganzen Land 45.000 Jobs von diesem Programm abhängig seien.

Roache, der die Wahl Corbyns zum Parteichef unterstützt hatte, erklärte gegenüber Radio BBC 4: "Die Labour Party hat bisher eine klare Politik verfolgt und die Aufrechterhaltung der Abschreckung auf See unterstützt."

"Ich erwarte deshalb, dass alle Labour-Abgeordneten und besonders der Vorsitzende der der Labour Party die bisherige Haltung in dieser Frage beibehalten."

Notfalls werde er die 640.000 Mitglieder der GMB darüber abstimmen lassen, ob Corbyn noch der richtige Parteivorsitzende sei.

Auf dem gleichen Sender warnte Tom Watson, ein Stellvertretender Vorsitzende der Labour Party, Gewerkschaftsbosse, die Corbyns Kurs unterstützen, vor "Konsequenzen".

"Len McCluskey von der Gewerkschaft Unite (s. http://www.unitetheunion.org/) ist wie Jeremy Corbyn gegen die Trident-Erneuerung; wenn es Corbyn gelänge, die Trident-Erneuerung zu verhindern, würde das viele im Verteidigungssektor Beschäftigte ihre Jobs kosten. Wenn ich im Verteidigungssektor beschäftigt und Mitglied bei Unite wäre und über die sozialen Medien erfahren hätte, dass Unite Jeremy Corbyn mit einer Viertel Million Pfund unterstützt hat, wäre ich ganz schön sauer," sagte Tom Watson.

(Wir haben den Artikel, der wichtige Infos über Großbritannien vermittelt, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Theresa May would authorise nuclear strike causing mass loss of life

Asked in Trident debate if she would approve attack that could kill 100,000 people, PM answers with a decisive 'yes'

Rowena Mason, Anushka Asthana and Rajeev Syal Monday 18 July 2016

Theresa May has said she would be willing to authorise a nuclear strike that could kill 100,000 people, as the House of Commons voted overwhelming to replace Britain's Trident programme.

The prime minister confirmed she would be prepared to press the nuclear button if necessary as she opened a debate about whether the UK should spend up to £40bn replacing four submarines that carry nuclear warheads.

After more than five hours of discussion, parliament voted in favour of Trident renewal by a majority of 355 in a motion was backed by almost the entire Conservative party and more than half of Labour MPs.

It was opposed by all Scottish National party MPs, the Lib Dems and Labour leader, Jeremy Corbyn, a lifelong unilateralist who spoke out strongly against the plans during the deabte.

Other members of Corbyn's frontbench team, including the shadow defence secretary, Clive Lewis, and the shadow foreign affairs secretary, Emily Thornberry, abstained after claiming in a Guardian article that the government was turning an issue of "national security into a political game".

However, around 140 of his MPs - including leadership challengers Angela Eagle and Owen Smith voted in favour of renewing Trident, with many highlighting Labour's historic position in support of a continuous at-sea nuclear deterrent. Forty-seven Labour MPs joined Corbyn in voting against Trident, while another 41 were absent or abstained.

While Labour were split on the issue, the Conservatives have been hoping the Trident issue could help unify their party after a fractious EU referendum campaign.

However, May attracted gasps during the debate when she made clear she would be willing to authorise a nuclear strike killing 100,000 people, when challenged by the Scottish National party about whether she would ever approve a nuclear hit causing mass loss of life.

Intervening in her opening speech, the SNP MP George Kerevan, asked: "Is she personally prepared to authorise a nuclear strike that can kill a hundred thousand innocent men, women and children?"

May responded: "Yes. And I have to say to the honourable gentleman the whole point of a deterrent is that our enemies need to know that we would be prepared to use it, unlike some suggestions that we could have a deterrent but not actually be willing to use it, which

seem to come from the Labour party frontbench."

Corbyn, the Labour leader, responded to May by making the case for nuclear disarmament, pointing out that the party's pro-Trident position was under review.

He gave his MPs a free vote during Labour's ongoing defence review, which the Guardian understands involves at least five options ranging from complete replacement to disarmament by the 2030s. The three other options are reduced patrols and fewer submarines, missiles carried by aircraft, and adapted submarines to carry both conventional and nuclear warheads.

Speaking in the Commons, Corbyn said there were currently 40 warheads, which are each eight times as powerful at the atomic bomb that killed 140,000 people at Hiroshima in Japan in 1945.

"What is the threat we are facing that one million people's deaths would actually deter?" he said, adding it did not stop Islamic State, Saddam Hussein's atrocities, war crimes in the Balkans or genocide in Rwanda.

"I make it clear today I would not take a decision that kills millions of innocent people," Corbyn told MPs. "I do not believe the threat of mass murder is a legitimate way to deal with international relations."

In contrast, May said it would be a "dereliction of duty" to give up Britain's nuclear deterrent and pledged to keep to the Nato target of spending 2% of national income on defence while she is prime minister.

Addressing the idea of downgrading the deterrent to a cheaper option, she said: "I am not prepared to settle for something that does not do the job."

May also took a swipe at anti-Trident MPs on the Labour frontbench and the Green MP Caroline Lucas, claiming they were therefore among "the first to defend the country's enemies".

The cost of Trident renewal has been estimated at more than £40bn. "No credible deterrent is cheap," said May.

While the vast majority of Conservatives are in favour of renewing Trident, the Labour party is split three ways between those voting in favour, against and abstaining, while the SNP is firmly against.

Corbyn said the UK should follow other countries such as South Africa, Libya, Ukraine, Argentina, Brazil and Kazakhstan, which have shown they are serious about disarmament by giving up their nuclear programmes.

"It is now time to step up to the plate and move rapidly towards disarmament," he said.

He was challenged by several Labour MPs as well as Conservatives. Jamie Reed, Copeland MP, claimed Corbyn was arguing against party policy.

"For the first time I think ever we've witnessed the leader of the Labour party stand up at the despatch box of this House and argue against the policy of the party he leads.

"This is unprecedented, moreover this reckless, juvenile, narcissistic irresponsibility makes me fearful for the future of the party that I love."

Another Labour MP, John Woodcock, said it was an "indictment of how far this once great party has fallen" that it was having a free vote on the issue. He said it showed contempt for the public and Labour members, and said such a lack of direction would have been "abhorrent" to the former leader Michael Foot, who was a unilateralist.

On the other side, a number of Labour MPs, the SNP and one Tory MP, Crispin Blunt, all spoke out against Trident.

Brendan O'Hara, the SNP spokesman on defence in Westminster, said it was an "intolerable position" that nuclear warheads are kept in Faslane by a government the Scottish people did not elect.

Another SNP member, Chris Law, read out a harrowing account of a Hiroshima survivor talking about witnessing her schoolmates die.

"Some fell to the ground and their stomachs already expanded full, burst and organs fell out," he said. "Others had skin falling off them and others still were carrying limbs. And one in particular was carrying their eyeballs in their hand."

Blunt, the chair of the Commons foreign affairs committee, said it was a "colossal investment in a weapons system that will become increasingly vulnerable".

"This weapons system comes at the cost of the rest of our defence budget," said Blunt, while criticising his own party for making it into a "political weapon" aimed at Labour.

Corbyn's anti-Trident position chimes with the views of Labour members surveyed on the issue but has caused tensions within the parliamentary party and with the trade unions.

Tim Roache, head of the GMB trade union, called on Corbyn to abide by Labour party policy endorsing Trident renewal, and said 45,000 jobs around the country were dependent on the programme going ahead.

Trident: the British question

Read more

Roache, who supported Corbyn as leader, told BBC Radio 4's The World at One: "The Labour party have a clear policy. The clear policy is that Labour will uphold an at-sea deterrent.

"I would expect therefore all Labour MPs, including the leader of the Labour party – in fact, especially the leader of the Labour party – to uphold that current policy."

He said he would be balloting the GMB's 640,000 members on whether they believed Corbyn was still the right person to lead the party.

On the same programme, Tom Watson, the deputy Labour leader, warned of "consequences" for trade union bosses who continue to back Corbyn.

"You have Len McCluskey [of Unite] strongly supporting Jeremy Corbyn, who will be voting against the Trident programme tonight, which will put many defence workers in Unite out of their jobs if he gets his way," said Watson.

"If I was a defence worker in Unite and I was reading social media that Unite were about to give Jeremy Corbyn a quarter of a million pounds of my subscriptions, I would be furious."

<u>www.luftpost-kl.de</u> VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern